

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

170 (29.7.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Dräger zugestellt; monatlich 90 Pf., vierfachjährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt; monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierfachjährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535. Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

Fernsprecher Nr. 535. Anzeigen: Die schallplattige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., Reklamen 60 Pf., Totalanzeigen billiger. Bei älterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Berichtsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verlagsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Babenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beauftragter für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiär in Karlsruhe.

Berantwortlicher für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Flottenabrustung.

Ist das Wort richtig gewählt? Ich glaube kaum, daß eine Abprüfung das nächste Ziel nicht sein kann und nicht sein wird. Flottenverstärkung ist besser; denn zunächst wird man sich darüber klar sein müssen, ob man die Flotte noch mehr verstärken soll. Es wäre schon als ein großer Gewinn anzusehen, wenn die derselben Debatte erreichen würden, daß keine Vergleichung der Flotte eintritt, daß man sich z. B. in England und Deutschland an den Stand des Jahres 1913 hält und bestimmt: die Tonnenzahl von 1912 soll entscheidend über die Schiffszahl dieses Jahres; was erzeugt wird darf nach den neuen Verbündten erachtet werden, aber kein Schiff darf 24.000 Tonnen überschreiten. Ein solcher Vorschlag enthält die Formel, nach der man sucht. England hat die Hand gebeten; sollen wir sie zurückholen?

Der Wunsch so vieler Engländer nach einer gegenwärtigen Beschränkung der Flottenverstärkung ist der freilich erklärlich genug. Sie möchten sich mit Eifer und selbst unter großen Opfern den sozialen und humanitären Reformen widmen, worin sie allerdings erheblich zurückgeblieben sind. Da sehen sie, daß die reichsten Mittel verschwendungen von dem unaufhörlich wachsenden Flottenkonflikt. Dass sie das Gefühl haben, die starkste Seemacht bleiben zu müssen und auch entschlossen dazu sind, kann ihnen nur ein politischer Idiot übernehmen. Handeln wir anders, indem wir sagen, daß wir unsere Wehrkraft danach einzrichten müssen, daß wir auf zwei Seiten zugleich angegriffen werden? Auch wir rütteln uns nach der Stärke der anderen. Grundsätzlich besteht niemand den Engländern, sich so stark zu bemühen, wie sie es für gut finden. Das selbe Recht beanspruchen und benötigen auch wir Deutsche.

Wenn nun England so den erklären Wunsch hat, dem Moloch der Kriegsschiffbaute den Rücken etwas enger zuzuschneiden oder wenigstens zu verhindern, daß sich noch weiter aufstaut, so stimmt Deutschland aus vollem Herzen für sich darin ein; denn auch uns beiden der Flottenlasten schwer, um so mehr, als wir beide der Flotte auch noch ein Heer allererster Ranges unterstellen müssen, was England nicht nötig hat. Dagegen, daß unser Nationalreichum lange nicht so groß ist wie der Englands; Jahrhunderte, in denen die unglücklichsten Kriege sein Ende nehmen wollten, haben uns vorläufig schwein dardenn gehalten.

Ein Unterschied liegt darin, daß England sich einzig und allein von Deutschland bedroht glaubt, während Deutschland auch mit anderen feindlichen Feinden rechnen muß. Die Vereinigten Staaten steigen ebenso rasch, viel rascher als Flottenstärke empor als Deutschland. Über England scheint zu glauben, daß ein Zusammenschluß mit den Vereinigten Staaten ausgeschlossen bleiben muß, schon weil er sicher mit dem Berlin-Kanadas enden würde, den seine Flotte verhindern könnte. Bei Nordamerika redet es also auf Glättung aller Differenzen auf französischem Wege und selbst auf die Verteidigung Kanadas, seiner wichtigsten Europäercolonie, richtet es seine Flotte nicht ein. Was Deutschland antlangt, so haben wird nicht allein England mit seiner unzweckhaften Überlegenheit uns gegenüber, sondern auch andere. Wir wollen uns nicht auf Spaniens einlassen, sondern nur an die Tatsache trauen, daß vor 40 Jahren eine feindliche Flotte ohne Verbündete erschien und unsere ganzen Küsten blockierte.

Der Gedanke, daß freundschaffliche Vereinbarungen dem allzu üppig wuchernden Wachstum der Flottenzügel geboten werden können, hat im deutschen Volle die freundliche Aktion gesucht. Aber er geht von England aus, und daher ist England an der Seite, Vorschläge zu machen, falls ihm der unerträgliche Krieg gefährlich wird durch den Frieden.

Aber auch in anderen Staaten zeigt sich der Wunsch nach einer Verständigung; so in Frankreich. In der letzten Nummer der „Opinion“ heißt es am Schluß eines Artikels über die Rivalität Deutschlands und Englands in der Flottenfrage:

„Der Franzose, der diesen (vorläufig noch friedlichen) Kampf zusiegt, kann ein Gefühl dauernder Bewunderung nicht unterdrücken. Mit Milliarden an Gold und Millionen von Menschen arbeitet Deutschland in einem bewunderungswürdigen Antrieb diszipliniert und zähres Erfolges gestartet, an der Sicherung seiner Überlegenheit. Es kann das nicht seinen Soldaten sparen; es braucht nur die Zeit für jedes Jahr zu lassen. Jedes Jahr, in friedlicher Tätigkeit hier arbeiten, kommt einem Sieg gleich. Dies Kaiserreich, durch den Krieg geschafft, wird groß durch den Frieden.“

Zwei Tage später lagen wir über das gleiche Thema in der „Petite République“:

„Das Budget für die Verteidigung beider Länder beträgt jetzt 1 Milliarde 726 Millionen für England und 1 Milliarde 557 Millionen für Deutschland. Kann dieser Zustand dauer? Sicherlich nicht. Es gibt nur zwei Lösungen für das Dilemma: Verständigung oder Krieg. Deutschland ist arm und sieht seine Schulden in einem Verhältnis an, das vernünftige Menschen erschrecken muß. Wenn die Kosten nicht verminder werden, ist die größte Bedrohung gerechtfertigt. Alle Freundschaftsvereinbarungen, alle schwungvollen Prothesen haben in diesem Falle offenbar nur den Zweck, den Nüchternen einzuhütern, der sich bedenkt.“

In dem Artikel der „Petite République“, dessen Schluss hier zitiert wurde, heißt es an einer anderen Stelle: „Der ehrliche Beobachter weiß, daß nicht England,

sondern Deutschland die Nützungen will. Deutschland hat England provoziert und führt fort, es zu provozieren, sodass England auf diesem Wege folgen muß, wenn es nicht ganz verschwinden will.“ Diese Ansicht sieht bei allen Franzosen fest, bei den Bürgern, bei den Politikern der Tagessprecher, in der Diplomatie, in aber falsch. Deutschland hat nur einmal durch seinen Kriegsrahmen das gefährliche Vorrecht erkämpft, für das Volk der Schlachten gehalten zu werden und alles, was es tut, wird in Frankreich zunächst vom Standpunkt des großen Generalstaates betrachtet. Wir rasseln mit dem Säbel, auch wenn wir auf diplomatischen Laufschuhen zu gehen ver suchen.

Ein von Senator Gervais mitgeleiteter Abrüstungsvorschlag des Königs von Italien wird dem „Giornale d’Italia“, das Idee des Königs in dieser Hinsicht kennen will, als „überaus praktisch“ bezeichnet.

Es handelt sich nicht darum, festzustellen, welche Flottengewalt jede Nation haben dürfe, sondern einfach um die Normierung eines Tonnenmaximums, das keine Nation überschreiten sollte. Im übrigen können sie Schiffe bauen so viel sie wollen. Der Vorschlag, über den sich der König seinerzeit auch mit Roosevelt unterhalten, berührt also die Freiheit der Nation in keiner Weise. Die „Tribuna“ schreibt, in England habe der König aus naheliegenden Gründen keine Ablehnung erfahren, wohl aber in Berlin! Leider sei das eine klar, daß selbst die besten Abichten am nationalen Dokument scheitern! Man sollte nur dazu annehmen, daß eine Basis zur Verstärkung gefunden werden kann, wenn die besten Köpfe aller Nationen sich um die Frage bemühen.

Eine Erklärung des Herrn Stadt-pfarrers Dr. Feuerstein.

Herr Stadt-pfarrer Dr. Feuerstein bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung:

Sehr geehrte Redaktion!

Gestatten Sie mir ein allerlöslos Wort, zu dem ich von Freunden und Gegnern gedrängt werde. Wohlmeintende Freunde sagen mir, daß der Ausdruck „tadelnswert“, von der Enzyklopädie gebraucht, nicht mit den Gefühlen der Kirche vereinbar sei, die ein Priester seiner obersten Befehle zu zollen habe. Ich sehe das ein, nehme den Ausdruck mit Bedauern zurück und bedauere auch, wenn ich dadurch die Empfindungen des legenden Glaubensgenossen auch nur einen Augenblick gekränkt habe. Ich schäme mich ferner aufsichtig, in der ersten impulsiven Abwehr persönlicher Verdächtigungen meine 11 Priester Jahre eines werdenden Menschen, die im Gesamtbilde der Menschheitsentwicklung ein Nichts bedeuten, in die Magdalene geworfen zu haben. Ich siehe auch keinen Augenblick an, sollte mein Gewährsmann, födernder katholischer Akademiker Badens mit romischen Begegnungen, sich nicht entschließen sollte, mit seiner Begegnungsfestlichkeit vorauszutreten, den ersten Punkt meiner Behauptungen in Sachen der spanischen Monarchie für die Offenheitlichkeit preiszugeben. Im übrigen halte ich meine Ausführungen vollinhaltlich aufrecht, da ich meine Überzeugung nicht verleugnen kann und mich außerdem durch einen hohen kirchlichen Würdenträger gedeckt fühle, der vor einer größeren Korona die von mir berührten spanischen Missstände, die Fassung der Enzyklopädie und den mangelnden Einfluss der deutschen Katholiken bei der Kurie genau so bedauert hat, wie ich selbst, zum Teil sogar mit Worten ehrlicher Entrüstung. Ich betone dabei ausdrücklich, daß die Aussäffung dieses hochangesehenen Geistlichen überzeugt ist, jenes Urteil in mir bestätigt hat, das ich aus Gründen der Wehrhaftigkeit und Größekeit mit dem Herzen geflüstert habe. Es war die selbe Stelle, die mir vor vielen Jahren spontan und mit dem Nachdruck eines politischen Begegnungsteilnehmers erklärt hat, meine Stellungnahme zur Reichsfinanzreform sei die einzig richtige gewesen. Ich glaube nach diesen Feststellungen sogar in den Augen derjenigen Geistlichen befinden zu können, die mit ihrem Kollegen in der heutigen Nummer des „Bad. Beobachters“ die Meinung sind, daß sich das Verhältnis des Priesters zu seiner Befehle in den Formen des militärischen Geschworens eröffne. (Das hat niemand getan!) Wir müssen den Herrn von Ruff, der einen militärischen Vergleich drangt, entschieden dagegen in Schlag nehmen, daß er mit seinem Vergleich das sagen wollte, was Dr. Feuerstein hier behauptet. D. R.) Zum Schluß betone ich nochmals die lokalen Motive meiner Zuschrift, die keinerlei Beziehung über die Grenzen meiner Pfarrei hinaus bezieht.

In aller Eregenheit

Heinrich Feuerstein.

Wir möchten zu dieser Erklärung nur bemerken, daß niemand von dem Herrn Stadt-pfarrer verlangt hat, daß er seine Überzeugung verlängne; es hat aber ebenso niemand daran verlangt, eine Überzeugung in aller Öffentlichkeit kennen zu lernen. Und man war ja frei in der Öffentlichkeit mit seiner Überzeugung über die öffentliche Bekanntmachung der persönlichen Überzeugung des Herrn Stadt-pfarrers nicht zu verzweifeln: Ein völlig einwandfreier Vorgang, den freilich die liberalen Preise in ihrer Gewissenlofigkeit vollständig entstellt hat, wie sie alles entstellt und verdächtigt, was von katholischer Seite kommt. Im übrigen brauchen wir wohl nicht eigens zu

sagen, daß unser Urteil über die öffentliche Neuherzung des Herrn Stadt-pfarrers wegen der Reichsfinanzreform auch jetzt kein anderes wird, nachdem er sich auf die Zustimmung eines hohen kirchlichen Würdenträgers beruft.

Deutschland.

Berlin, 29. Juli 1910.

Die neue Wahlrechtsvorlage. Die „Post“ schreibt: „Gegenüber verschiedenen widerprechenden Meldungen sind wir in der Lage zu stellen, daß tatsächlich an einer neuen Wahlrechtsvorlage im Ministerium des Innern gearbeitet wird. Es sind bereits bestimmte Entwürfe ausgearbeitet, die zurzeit den Beratungen der maßgebenden Stellen unterliegen. Wenn der Entwurf an den Landtag gebracht werden soll, darüber ist noch keine Entscheidung gefallen.“ Daher an einer neuen Wahlrechtsvorlage im Ministerium des Innern gearbeitet wird, ist sehr wahrscheinlich; besprochen werden ist nur, daß die Vorlage bereits das Staatsministerium beschäftigt habe. Soviel wir wissen, ist in maßgebenden Kreisen keine Neigung vorhanden, den nächsten Landtag mit der Wahlrechtsfrage von neuem zu bestreiten, man die als Sprengzünder ansetzt und man den Reichstagwahlkampf nicht damit belasten will.

Mit dem Stande der Reichsfinanzen beschäftigt sich in der „Germania“ der Reichstagabg. Erzberger, er schreibt: „Ein guter Vertreter für die Gewidmung der Reichsfinanzen sind die verhinderten Ansprüche des Reiches an den Geldmarkt; damit ist auch der beste Weg zur Hebung des Kurios des Reichs-

anleihen beschritten. Nicht mehr, sondern weniger pumpen treibt den Kurz in die Höhe; wenn einmal das Kapital dem Reich nachzufließen hat, dann wird der Kurzstand befriedigend sein und niemand mehr an den Reichsanleihen Geld verlieren. Der verhinderte Anlauf des Reiches an den Geldmarkt ist eine sehr erfreuliche Folge der Reichsfinanzreform und macht sich bereits in doppelter Weise geltend: Der Geldmarkt wird weder danach noch vorübergehend so stark benutzt und die Geschäftswelt muß nicht mehr deshalb so hohe Bantazinzen zahlen, weil das Reich in tausend Nöten ist, wie es vor Jahren war. Wenn die Reichsfinanzreform mit der Mehrbelastung von 410 Mill. M. sich ganz befreitwerden im Erwerbsleben geltend machen müßte — das wäre auch bei Annahme der weiteren Erbschaftssteuer gefunden — so darf auf der Gegenseite gebuhnt werden, daß nunmehr das Reich den Geldmarkt nicht mehr so beunruhigt.“

Nachdem er das im einzelnen dargelegt hat, kommt er zu folgendem Ergebnis: „Ohne Optimismus zu sein, darf man konstatieren, daß das Reich sich somit auf den besten Wege der Gewidmung seiner Finanzen befindet und daß man die Überzeugung aussprechen darf, daß es noch den derzeitigen Schatzchef bei konsequenter Fortsetzung seiner Politik möglich sein wird, wieder einmal einen Staat ohne Auleihen vorlegen. Gewiß werden neue Aufgaben und neue Ausgaben kommen, weil Stagnation der Feind des fortwährenden Lebens ist und die Nation schädigen würde, aber sie können in Rahmen der heutigen Finanzen befriedigt werden. Wenn diese Zeit an unseren Türen steht, dann werden auch die grimmtigen Gegner der Finanzreform, die vor Jahresfrist geschaffen worden sind, die Anerkennung nicht mehr verlangen können. Die Geschichts- und deutliche Wirkung wird dann diesen modernen Geistlern aufstellen, den jeder grüßen wird. Der linksstehende Presse sind diese Konstatierungen sehr unangenehm; aber sie können nicht mit Tatsachen dagegen antreten; es wäre ihr auch zu schmerzlich, wenn sie jetzt eingestehen müßte, daß die Finanzreform ihren Zweck erreicht hat.“

Amerika. — Beendigung des Aufstands auf Cuba. Die Aufsurrektion des Generals Maceo ist unterdrückt. Derselbe wurde mit zwei seiner Anhänger gefangen genommen. Die übrigen Meuterer sind entflohen.

Baden.

Karlsruhe, 29. Juli 1910.

Zum Wort des Ministers von Bodman. Es ist offenbar wieder die bad. Nationalliberale Partei korrespondiert, welche folgenden Artikel durch die liberale Presse gehen läßt:

Eine regelrechte Hetze gegen den Minister v. Bodman wird gegenwärtig von den Zentrumspresse unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Es ist absolut unwahr, daß wir das, was der Minister über die Sozialdemokratie unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Es ist absolut unwahr, daß wir das, was der Minister über die Sozialdemokratie unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Es ist absolut unwahr, daß wir das, was der Minister über die Sozialdemokratie unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Es ist absolut unwahr, daß wir das, was der Minister über die Sozialdemokratie unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Es ist absolut unwahr, daß wir das, was der Minister über die Sozialdemokratie unternommen wegen seiner Neuerung über die Sozialdemokratie „als grobartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes“. Dass der Minister sich vorher scharf gegen die Befreiungen der Sozialdemokratie ausgeschwiegen hatte, vorzeitig sie staatsgefährlich und antimonarchisch ist, das wird natürlich verschwiegen. Deutlicher könnte das Zentrum seinen Anger über die Niederlage seiner Taktik in Baden nicht zeigen, als es jetzt geschicht, um dem Minister v. Bodman das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Minister Schenkel. Der „Badische Beobachter“ läßt sogar die Revolution von 1789 und 1848 und die schrecklichen Ausschreitungen der Kommune im Jahre 1871 aufmerksamieren...

Rusland.

Von Montanstaaten.

= Vorgänge auf dem Balkan. Torgut Schenkel Pascha hat über Skutari (Albanien) den Ausnahmestand verhängt und mit der Entmischung der Bevölkerung begonnen. Diese hat innerhalb zweier Tagen über 40.000 Waffen abgeliefert. Die Montenegriner drangen bei Pleve (Bezirk Guisnje) auf türk. Gebiet vor und griffen mohammedanische Dörfer an, wobei ein Kampf entbrannte. Zahlreiche Dorfbewohner wurden verwundet, drei getötet. Die türkische Grenzwache griff in den Kampf ein und verlor drei Männer. Schließlich wurden die Montenegriner zurückgeschlagen.

Spanien. — Die religiöse Frage in Spanien. Zu der Meldung des Blattes „Liberal“, das den Bruch mit dem Papst als Folge einer eingegangenen unverbindlichen Note des Papstes als beweisfähig bezeichnet, erklärte Ministerpräsident Canalejas, ohne die Meldung richtig zu stellen oder zu bestätigen, die Regierung habe eine Note des Papstes erhalten, die besagt, die Verhandlungen über die religiösen Orden könnten unmöglich fortgesetzt werden, wenn nicht die Regierung ihre letzten, in der religiösen Frage getroffenen Anordnungen rückgängig mache. Canale

wird kein Wert gelegt, weil ich in dem alten Lehmann den Mann vermute, der bei Ged war.

Nachsmahl Rombach: Ich bitte, zu fragen, ob

Meyer auch in der Seelsorge tätig ist.

Ged: Auf dem Bureau Niedels sollen die Unter- schriften gefälsmt worden sein.

Schulz: Meier ist sogar sehr sel-

sorgerisch tätig.

Das waren die Ausführungen Ged's, nicht das,

was er nun nachträglich die Welt glauben machen

will, wobei übrigens interessant ist, daß in der Vor-

stellung „Schwabischen Merkur“ in der Vor-

staltung „gleichzeitig“ (beim Niederschreiben des „Diktats“

des fah. Bauern von Ohlsbach) fehlt. Von einem

„Diktat“ war bei der Einbernahme Ged's auch nicht

mit einem Wort die Rede; er sagte immer: „er er- zählte“, „er erzählte fast wiederlich“. Die Sache mit

Seubert war ein „Schreibfehler“! Der ganze Artikel Ged, zu dem ich bekannt, trug auch nicht

den Stempel eines bürgerlichen Diktats, Herr Ged

moch sich den Esel, der ihm das glaubt, schon irgend-

wo anders juchen. Zum Nebenfall sagte er selbst,

ob er Oskar Ged den Artikel abgeändert, wisse

er nicht. Es handele sich also um einen fertigen

Artikel, an dem vielleicht noch eine kleine

redaktionelle Änderung vorgenommen wurde. Die

Überschrift: „Von einem katholischen Bauer aus

Ohlsbach wird uns gedrieben“, soll nach der An-

gabe Adolf Ged von der Redaktion der „Volks-

stimme“ stammen. Schade, daß Herr Oskar Ged

ausblieb; dann würde darüber kein Zweifel mehr

bestehen können. Für uns bleibt es ohne beson-

dere Wichtigkeit, daß wieder statt des Onfels der

Reise die handelnde Person ist. Dass aber auch den

Reisen „der katholische Bauer aus Ohlsbach“ so un-

angenehm war, wie dem Onfel, wird man wohl nicht

bestreiten wollen und wir hätten volles Verständnis

dafür, wenn Herr Oskar Ged auch aus diesem

Grunde vorgezogen hätte, lieber 10 Mark Ord-

nungstrafe zu bezahlen und den „katholischen

Bauer aus Ohlsbach“ einstweilen zwischen Reise

und Onfel unrichtig hin- und herbaumeln zu lassen.

Wenn es Herrn Ged gelüstet, sich auf das Urteil

zu berufen, so können wir ihm ja nachhelfen, indem

wir darüber noch veröffentlichten. Geradezu tödlich

ist nun aber die Demutung Ged's: „Nebenrings war

der betr. Bauer anwesend, wurde aber nebst anderen

Zeugen nicht mehr vor Gericht vernommen.“ Es

worum hat denn Ged, der so großen Wert auf

diesen ihm Namen nach nicht mehr bekannten

Wähnigen Bauern legte, sich nicht seiner verfälscht

und ihn dem Gerichte vorgestellt? Es wäre ja so

einfach gewesen, wenn der „katholische Bauer von

Ohlsbach“ wirklich anwesend war. Wir wollen

übrigens, um allen Zweifeln und Mißverständnissen

vorzubeugen, der Erklärung Ged's aufs Wort

glauben, daß der „katholische Bauer von Ohlsbach“

wirklich anwesend war. Er ist und bleibt freilich

einstweilen ein Viererbild, dessen Lösung mit den

damals anwesenden Ohlsbacher Bauern überlassen

wollen.

sodann die Verlässlichkeit von Bouedes und die Einbrüche, die er in dem weltberühmten Wallfahrtsorte, wo er mit ca. 14.000 Pilgern aller Nationen ein Wunder miterleben durfte, geworden hat. Während der Vereinsvorstand im Namen der Zuhörer dem Redner für den herrlichen Vortrag den innigsten Dank zum Ausdruck brachte, zitierten Karten und Landkartenbilder in großer Zahl, die der Vortragende von seiner Reise mitgebracht hat. Die rege Unterhaltung, die dem Vortrag folgte, ließ deutlich erkennen, mit welch großem Interesse die Ausführungen gehörten wurden.

— Zur Budgetbewilligung der Sozialdemokratie.

Eine sozialdemokratische Parteiveranstaltung billigte das Ver-

halten der Fraktion in der Budgetfrage und forderte die

Aufhebung des Nürnberger Beschlusses.

Die Klage der 39 katholischen Geistlichen des

Bezirks Überlingen gegen den „Seebote“.

— Konstanz, 29. Juli. Im Prozeß der 39 katho-

lischen Geistlichen des Bezirks Überlingen gegen den „See-

bote“ erfolgte Freisprechung; ebenso wurden die Geistlichen von Samos, Andreas Koppasis Efendi, entstanden sind,

Kriegsschiffe dorthin zu entsenden.

300-Jahrfeier der Stadt Elberfeld.

Elberfeld, 28. Juli. Die 300-Jahrfeier der

Stadt wurde durch einen Festgottesdienst eingeleitet. Zur Katharina fand eine Teufestigung des

Stadtverordnetenkollegium statt, an der auch der

Minister des Innern und der Oberpräsident der

Rheinprovinz teilnahmen. Der Oberbürgermeister

hielt eine Rede, in der er einen Rückblick auf die

Geschichte der Stadt warf. Redner schloß mit einem

Hoch auf den Kaiser. Der Minister des Innern

überbrachte die Glückwünsche der Regierung.

Elberfeld, 28. Juli. Nach der Fei-

stigung des Stadtverordneten-Kollegiums wurde

das Alterspflegeheim, das aus Anlaß der

silbernen Hochzeit des Kaiserpaars von der Stadt

aus Beiträgen privater Stiftungen errichtet wurde,

eingeweiht und der Armenverwaltung übergeben.

Zur Rochede-Affäre.

Paris, 28. Juli. Alle Morgenblätter besprechen

lebhaft die Enthüllungen, die die gestrige Sitzung

der parlamentarischen Untersuchungskommission in

der Rochede-Affäre gebracht hat, daß nämlich

Pichon, die Zivilklage gegen Rochede eingebracht

und damit die Verhaftung deszelben herbeigeführt

hat, nur ein Strohmann gewesen ist, der sich hat be-

zählen lassen, und zwar angeblich im Einverständnis

mit Durand, dem Kabinettsdirektor des Polizei-

präfekten. Jaures schreibt in der „Humanité“:

„Es kann nicht genügen, die Einzelheiten der In-

trigen zu entziffern und die Verantwortlichkeiten

festzustellen. Man muß auch an die Zukunft denken.

Eine der ersten Sorgen des Parlaments muß es sein,

daß das Kapital gegen Mandar über Art zu schützen,

die es bedrohen.“ — Der „Gaulois“ führt aus: „Es

gibt keine Sicherheit mehr, für niemanden, wenn er

er jetzt weiß, daß der, der sich von einem andern be-

zählt läßt und der ein Interesse an Eurem Ver-

hördnen hat, Klage vorbringt bei gefälligen Be-

hördnen.“ — Der „Figaro“ erklärt, es bedürfe keiner

Unterforschung; es wäre Sache des Justizminis-

teriums gewesen, sich zu unterrichten und unver-

reißt seinen Ermittlungen die erforderlichen Maß-

regeln folgen zu lassen.

Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung.

London, 29. Juli. (Unterhaus.) Die gestern

vom Premierminister Asquith vorgebrachte neue

Fassung der Erklärung des Königs bei der Thron-

besteigung wurde mit 244 gegen 54 Stimmen an-

genommen.

Karlsruher Standesbuch-Ausgabe.

Geburten: 19. Juli. Margarete Victoria, Vater Emil

Großhans, Glasmaler. — 21. Juli. Albert Karl Friedrich

Bernhard, Vater Karl Kraatz, Maler-Meister. — 22. Juli.

Friedricha Marie, Vater Josef Beitz, Polizeihofmeister. — Gertrud

Erika, Vater Karl Hettlinger, Mag.-Schreiber. — Erich

Wagners Kinder

bedürfen vor allem einer leicht verdaulichen Nahrung, wie

z. B. der Milch, welche der Zugang von

„Küfle“

im Magen seinstückig gerinnbar und dadurch leichter verdaulich macht, wodurch Gärungen und Katarrhe verhütet werden.

Karl Anton, Vater Wilhelm Hartmann, Groß, Oberbuchs- halter. — Hans Willy, Vater Johannes Weißer, Kangleigen- diener. — 23. Juli. Emilie Therese, Vater Leo Franz, Vol- heizer. — 24. Juli. Karl Friedrich, Vater Karl Schnabel, Groß, Advokat. — Heinrich, Vater Jösef Weber, Pader. Hubert Sybille Huber, Vater Walter Hayes, Director.

Todesfälle: 26. Juli. Franziska Holl, Privat, ledig, alt 88 Jahre. — 27. Juli. Gebhard Rimmels, Privat, Witwer, alt 73 Jahre.

Wetterbericht des Centralbüros für Meteorologie und Hydrologie vom 28. Juli 1910.

Zentralbüro bildet heute ein Gebiet hohen Drudes mit einem Stern über Sachsen. Das Wetter ist in Deutschland meist heiter und trocken; die Temperaturen sind im Steigen begriffen. Nach Minima befinden sich über der Balkanhalbinsel und über Nordwesteuropa. Die Depression, die gestern im Westen des Britischen Inseln erschienen war, hat sich seitdem über Westeuropa ausgedehnt. Wahrcheinlich wird sie ihren Wirkungskreis bald binnennwärts ausdehnen; es ist deshalb ein Umschlag zu vorwiegend trübem Wetter mit Gewitterregen zu erwarten, doch wird es vorerst noch warm bleiben.

Wetterbericht des Rheines am 28. Juli, früh:

Schaffhausen 337, gefallen 8. Regn 400, gefallen 11. Magaz 587, gefallen 11. Mainzheim 589, gefallen 3 cm.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Barometer	Thermometer	Abschmelz-	Feuchtig- heit	Wind	Himmel
metre	metre	grad	feuchtig- keit	Proz.	
28. Juli Mittags 2 U.	748,6	24,0	9,5	43	SE halb bed.
Abrams 9 U.	747,4	17,9	12,8	84	NW wolzig
29. Juli Morg. 7 U.	748,2	15,8	11,6	89	G bedekt
Höchste Temperatur am 28. Juli = 25,0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 13,2.					
Niederschlagsmenge des 29. Juli = 0,0 mm.					

Tages-Kalender.

Freitag, den 29. Juli 1910:

Kath. Jugendverein der Oststadt. 8 Uhr Turnstunde, Karls-

Wilmerschule.

Räumungs-Ausverkauf

wegen Umzug nach Waldstrasse Nr. 45, Neubau.

Doppelte Rabatt-Marken oder 10% in bar.

Grösste Auswahl in Damen-Handtaschen.

Große Partie in zurückgesetzten Koffern, Taschen- u. Damenhandtaschen unter Herstellungswert.

Reparaturen sofort!

Kofferfabrik Eduard Müller, Grossh. Hofliefl.

Karlsruhe Waldstrasse 49 Fernspr. 2561.

Ausstellung Bad. Volkskunst

veranstaltet vom Bad. Kunstgewerbeverein im Kunstgewerbemuseum, Westendstr. 81; Juli bis 31. Okt.

Tägl. geöffnet von 9-6 Uhr, Sonntags 11-5 Uhr

Eintrittspreis 50 Pf. — 10 Karten 3 Mark.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Mr. 13977. Im Versapen der Zwangsversteigerung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene, im Grundbuch von Karlsruhe, Band 50, Heft 8, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks unter den Namen des Laienpriesters Georg Bilger jung und seiner Ehefrau Bertha, geb. Knudt, in Karlsruhe eingetragene Grundstück am

Mittwoch, den 14. September 1910, vormittags 9 Uhr, durch das Notariat — in den Diensträumen: Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden:

Lgb.-Nr. 992. 1 a 18 qm Haushof, 3 a 14 qm Hofreite. Herauf steht ein dreiflügeliges Wohnhaus, ein dreiflügeliger Seitenbau, ein einförmiger Gartenzaal. Der Hof ist unterteilt. Höchststraße 62. Anfang 78.000 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Juni 1910 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jederzeit gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Ausförderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger wider spricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des gerüngten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungsvermöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelebt werden.

Wer an der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muss vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder eine teilweise Entstehung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungsgericht an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Karlsruhe, den 25. Juli 1910.

Groß. Notariat VIII. als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzschild.

Stadtgarten.

Heute, Freitag, 29. Juli ds. J., nachmittags 4 Uhr:

Konzert

ausgeführt von der vollständigen Kapelle des Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“ (1. Badisches) Nr. 14 unter Leitung des Herrn Königl. Obermusikmeisters Liese.

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten
Eintritt: und von Kartenscheinen 30 Pf.
Sonstige Personen 60 Pf.
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Die Musikkabinettkarten haben Gültigkeit.
Musikprogramm 10 Pf.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Frankfurter Börsenkurse vom 28. Juli 1910.										
Staatspapiere.	In	Portugiesische 4½ Tb. M.	—	4 Mannheim	100.10	Siemens Betriebe	122.—	3 Preuß. R.-Ob. v. 01	100.20	Unverzinsliche Löse.
Deutsche 4 Reichs-	groß	Ruman. am. 4 Rte.	91.—	3½ Stadt Pforzheim M.	91.50	Maasch.-Fabrik Grämer	240.50	3 " Crg.-Nek.	91.50	Augsburger Blt. II. 7. 37.—
Schafanw. M.	100.40	" am. 4 Rte. v. 90	95.50	3½ " Stadt Pforzheim M.	"	" von 1895	"	3½ " v. 06.10	92.20	Braunschweiger Blt. 20.—
" 4 Reichs.-Amt. "	102.—	4 Rte. v. 94	94.—	Völkerbund	207.—	Siener Brauerei	246.—	3 Präg.-Duc. G. M. v. 90	75.90	Hannsleider Blt. 10. 190.—
" 3½ "	93.10	4 Rte. v. 94	91.50	Doge. Bank München	133.50	3 Oest. D. S. v. 90	75.20	3½ Präg.-Alt.-Bl.	4½ "	Giebelburg (Rant.) Blt. 15.—
" 3½ "	84.—	4 Rte. v. 88	97.50	Berliner Handelsge.	125.—	4 Leonhardt Johann Georg. Sattler	99.50	4 bo. abg.	97.70	Wallander Blt. 45.—
Preuß. 4 Schafanw.	100.40	4 Rte. v. 88	92.10	Berliner Handelsge.	185.40	4 Tüllinger Spinnerei	99.50	4 bo. abg.	90.—	"
" 4 Conjols	102.30	4 Rte. v. 88	92.60	Berlin. Städte-Bank	130.10	4 Südw.-Stift. v. 1913	74.40	4 bo. 1904 unt. b. 1913	90.30	Reininger Blt. 10.—
" 3½ "	93.10	4 Rte. v. 88	94.—	Deutsche Bank	250.90	4 Südw.-Stift. v. 1913	95.10	4 bo. 1905 unt. b. 1914	99.30	"
" 3½ "	88.90	4 Rte. v. 88	92.20	"	"	4 Südw.-Stift. v. 1913	90.30	4 bo. 1907 unt. b. 1917	99.80	Österre. v. 1884 fl. 100.—
Qab. 4½ St.-M. v. 1901	101.—	3½ Rte. v. 86	92.20	Eiffel. Bad. Wagh.	190.50	5 Illustrierte Galiz. fl.	103.30	5 Krebit v. 58	100.461.—	Papenb. Gräf. fl. 7.
"	101.70	4 Rte. v. 86	84.70	Vereinsbank	107.20	5 Vorarlberg Stein.	"	5 Krebit v. 58	99.80	Türken Ges. 400 180.60
" 3½ " (abg.) fl.	91.70	4 Serben amort. v. 1895	84.70	Dörf. Kom.-Ant.	127.50	5 Vorarlberg Stein.	"	4 Preuß. Hyp.-Verl. M.	94.—	Ungar. Staatsl. fl. 100 383.50
" 3½ "	91.70	4 Span. dñs. v. 1882	85.50	Dresden. Bank	185.50	Concordia Bergbau M.	"	4 Preuß. Hyp.-Verl. M.	94.—	Venetianer Blt. 30.—
" 3½ "	94.—	4 Türk. Ekt. Trüb.	"	Deutsche Bank	156.50	Gleasons Q. C. D. v. 90	75.90	4 "	94.—	"
" 3½ "	94.—	4 Goldrente	"	Frankfurter Bank M.	202.—	Glempen. C. v. 90	73.80	4 "	94.—	"
" 3½ "	94.—	4 Ungar. Goldrente	"	Mittel. Kreditbank	119.50	4 Dostanische C. fl.	117.60	4 Pr. Pf. v. 1914	100.—	"
" 3½ "	94.—	4 Ungar. Staatser. fl.	"	Nationalit. Deutschland	122.20	4 Dostanische C. fl.	117.60	4 Pr. Pf. v. 1914	100.—	"
" 3½ "	91.90	4 Ungar. Staatser. fl.	92.10	Wien. Königs- u. Raab.	119.50	4 Südw.-S. v. 1912	102.50	4 Südw.-S. v. 1912	94.20	"
" 3 "	86.—	5 Argentiner Goldan.	"	Wien. Königs- u. Raab.	"	4 Südw.-S. v. 1912	90.—	4 Südw.-S. v. 1912	94.20	"
Bayer. 4 Abf. 1901	100.20	4 Rte. v. 88	92.20	Wien. Königs- u. Raab.	101.40	5 Südw.-Viertel. Patet.	140.40	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 4 "	101.30	4 Chinesische Anteile	98.90	Hypoth.-Aktion	104.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	91.80	4 Chinesische Anteile	97.40	Oeff.-Bodenfond. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	91.80	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	89.20	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.	109.75	4 Südw.-S. v. 1912	90.30	"
" 3½ "	92.70	4 Chinesische Anteile	97.50	Deutschland. St. v. 1903	106.—	5 Südw.-Viertel. Patet.				